



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

47. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*

20. Oktober 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.40 Uhr bis 12.25 Uhr und
12.40 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenographin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Instrumente zur Unternehmensfortführung bei Insolvenzgefahr aktiv nutzen, um Arbeitsplätze zu erhalten

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 12/4252

- siehe Ausschußprotokoll 12/1372 -

*) öffentlicher Teil mit TOP 1 siehe APr 12/1372
vertraulicher Teil mit TOP 9 siehe Vertr. APr 12/38

2 Aktuelle Viertelstunde - auf Antrag der SPD-Fraktion -

Thema: Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes im Lichte der Ergebnisse des aktuell vorliegenden Ifo-Gutachtens

1

Dem Bericht von Minister Peer Steinbrück schließt sich eine kurze Diskussion an.

3 Verordnung einer Ersten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts

Vorlage 12/2906

4

Der Ausschuß erhebt keine Einwendungen gegen die Verordnung.

4 Förderung des deutsch-niederländischen Gewerbegebietes Avantis in Aachen

Bericht der Landesregierung

4

-Dem Bericht von Minister Peer Steinbrück folgt eine Diskussion.

5 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

8

Diskussion - abschließende Beratung in der nächsten Wirtschaftsausschußsitzung am 24. November 1999

6 Verkauf des Movie World Filmparks in Bottrop

Bericht der Landesregierung

11

Dem Bericht von Minister Peer Steinbrück schließt sich eine Diskussion an.

7 Kooperation der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH (GfW) mit Herrn Ahmed El Husseiny für V.A.E. und den Libanon

Bericht der Landesregierung

13

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Zweites Modernisierungsgesetz

Drucksache 12/4320

14

Der Ausschuß sieht keinen Bedarf, weitere als die vorgesehenen Experten zu der Anhörung einzuladen.

9 Ausscheiden des Ministerialdirigenten Warnke-Gronau

- siehe Vertr. Ausschußprotokoll 12/38 -

10 Verschiedenes

15

Der Ausschuß kommt überein, den für Haushaltsberatungen vorgesehenen Sitzungstermin am 10. November 1999 nicht wahrzunehmen und über das Haushaltsgesetz abschließend am 24. November 1999 zu beraten.

An Christian Weisbrich gewandt, begrüßt Rüdiger Sagel, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Umweltschützer einen guten Draht nach Brüssel hätten.

Alle seien für ordnungsgemäße Verfahren, wie Herr Sagel sie einfordere, konstatiert **Dr. Helmut Linssen**. Mit dem exemplarischen Vorführen dieses Falles verfolge die CDU-Fraktion das Ziel, auf den hohen Arbeitsaufwand aufmerksam zu machen und Bürokratie abzubauen.

Er erinnert an die von Frau Höhn vorgelegte Gebietskulisse, gegen die die SPD damals vehement argumentiert habe, und möchte wissen, wer für die Einstufung von Gebieten in "Als-ob-Gebiete" Verantwortung trage.

Der Europäischen Kommission sei eine Schattenliste zugegangen, entgegnet **Minister Peer Steinbrück**. Während des Anmeldeprozesses bestehe für die Gerichte das Problem, die Ausweisung eines Gebietes zum FFH-Gebiet in den weiteren Tranchen des Prozesses nicht ausschließen zu können. Das Kabinett bemühe sich daher, den Anmeldeprozeß so schnell wie möglich zu beenden. - Der Minister sagt eine Aufstellung über die Daten der Stellungnahmen und die Einhaltung von Fristen zu.

5 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Alexandra Landsberg (GRÜNE) erkundigt sich nach den politischen Gründen für die Schrumpfung des Wirtschaftsetats und das Wachsen des Verkehrsetats. - Ihre Fraktion unterstütze die vorgesehene Kürzung der Beratungsmittel.

Des weiteren möchte sie wissen, wie die Leistungsprämien, die aus dem in Einzelplan 20 vorgesehenen Verstärkungstitel für Personalausgaben in Höhe von insgesamt 70 Millionen DM gewährt werden dürften, im Wirtschaftsministerium und in den nachgeordneten Behörden verteilt würden.

Für den NRW-Wirtschaftspreis "Milesstones" gebe es nach ihrem Kenntnisstand keine Bewerber, so **Andrea Landsberg**. Daher müsse geprüft werden, ob Nachbesserungsbedarf bestehe.

In der letzten Woche habe eine hochkarätig besetzte Jury über ungefähr 160 in die nähere Wahl gekommene in- und ausländische Bewerber - von sehr kleinen bis hin zu großen

Unternehmen - für diesen Wirtschaftspreis befunden, stellt **Minister Peer Steinbrück** klar. Die Preisverleihung werde Anfang nächsten Jahres erfolgen.

Da ein Vergleich von Zahlen verschiedener Haushaltsjahre, wie u. a. Herr Weisbrich ihn angestellt habe, die Querbezüge nicht berücksichtige, führe er zu einer vordergründigen Bewertung. Deswegen schlage er, der Minister, vor, die komplexen Fakten schriftlich nachzureichen. - **MDgt Krell (MWMTV)** fügt hinzu, daß die Leistungsprämie, wie vorgesehen, an 10 % der Beamten des Ministeriums ausgezahlt würde, wofür etwa 52.000 DM zur Verfügung stünden.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) verleiht ihrer Verwunderung über den für das Ministerium vorgesehenen Betrag in Höhe von 52.000 DM Ausdruck, der verglichen mit der Gesamtsumme für die Leistungsprämien niedrig ausfalle.

MDgt Krell (MWMTV) weist darauf hin, daß für das Ressort etwa 172.000 DM zur Verfügung stünden. Für den gesamten Landeshaushalt dürften aus dem Verstärkungstitel, der mit 70 Millionen DM angesetzt sei, 50 Millionen DM für Leistungsprämien gewährt werden. Daran habe das Ressort einen verschwindend geringen Anteil.

Christian Weisbrich (CDU) sieht eine Diskrepanz in den Ankündigungen des Ministers, alles für den Mittelstand zu tun, und dem gerade in diesem Bereich heruntergefahrenen Wirtschaftshaushalt. Die Konzeption des Ministers und des Ministerpräsidenten könne angesichts der schlechten Entwicklung des Sozialprodukts und des Arbeitsmarkts nicht stimmen.

Die aufgrund des erheblichen Mittelausfalls bei der Gemeinschaftsaufgabe freiwerdenden Komplementärmittel könnten an anderer Stelle eingesetzt werden, fährt **Christian Weisbrich** fort. Es stelle sich die Frage, ob im aktuellen Haushalt bei kofinanzierten Programmen mit Kürzungen von Bundesmitteln gerechnet werden müsse.

Kofinanziert werde nur die in den letzten Jahren systematisch gekürzte Gemeinschaftsaufgabe, erläutert **Minister Peer Steinbrück**. Wenn der Bund Mittel für kofinanzierte Programme kürze, ziehe das Land Komplementärmittel zurück, um eine weitere, dann nicht mehr tragfähige Verschiebung der Finanzierung zu Lasten des Landes zu verhindern. Die für die Haushaltskonsolidierung notwendigen Einsparungen könnten nur in disponiblen Bereichen des Gesamthaushalts, z. B. im Wirtschaftshaushalt, vorgenommen werden und dienten auch der Finanzierung von Maßnahmen in anderen Bereichen.

Die Nachfrage von **Christian Weisbrich (CDU)**, ob schon jetzt Komplementärmittel erkennbar ausfielen, verneint **Minister Peer Steinbrück**.

Trotz der gekürzten Mittel habe man gute Leistungen erzielt, betont **Werner Bischoff (SPD)**, wovon man sich schnell überzeugen könnte, wenn man den Haushalt Punkt für Punkt untersuchte. Er weist die Kritik des Handwerks an der Schrumpfung des Wirtschaftshaushalts zurück, mit dem im übrigen ausgesprochen kooperative Gespräche geführt worden seien.

Vorsitzende Hannelore Brüning erinnert an die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der man abschließend über den Haushalt beraten werde.

Dr. Helmut Linssen (CDU) merkt an, neben der gemeinsamen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe erfolge auch die Finanzierung der Kohle durch Bund und Land. Da der Bund in dem Bereich Einsparungen und Verschiebungen plane, stelle sich die Frage, ob das Land ähnlich verfahren werde.

Auf der Grundlage der kohlepolitischen Vereinbarungen vom März 1997 werde es keine Kürzungen geben, gibt **Minister Peer Steinbrück** zur Antwort. Geändert worden seien lediglich die Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes für die Zahlungen in den nächsten zwei Jahren, was an den absoluten Zahlen jedoch nichts ändere.

Dr. Helmut Linssen (CDU) erinnert daran, daß die SPD die kohlepolitische Vereinbarung damals ganz anders gesehen habe als heute und daß noch Beträge aus der ersten kohlepolitischen Vereinbarung von 1992 im Raum stünden. Ihn interessiere, wie damit verfahren werde und was genau unter den Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes zu verstehen sei.

Minister Peer Steinbrück verweist auf die Vertraulichkeit der Verabredungen des Bundesfinanzministers mit den Partnern des Bergbaus. Präzisieren könne er, so der Minister, lediglich, daß es sich nicht um Verzicht, sondern um Zahlungsverchiebungen bzw. um vorgezogene Verrechnungen von Aufwendungen des Jahres 2000 handele. An dem im März 1997 vereinbarten Volumen ändere sich nichts.

Dr. Helmut Linssen (CDU) möchte wissen, ob sich das Land beteiligen würde, wenn der Bund - wie seinerzeit unter Finanzminister Waigel - Zahlungen auf das nächste Haushaltsjahr verschieben wollte. - Das Land werde sich selbstverständlich an die Verabredungen halten, antwortet **Minister Peer Steinbrück**.

Werner Bischoff (SPD) weist auf die übereinstimmende Meinung im Vorstand der IG BCE bezüglich der vom Minister angesprochenen Maßnahmen hin, die nicht zu aktuellen Belastungen des Steinkohlebergbaus führten. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens stehe zu den kohlepolitischen Vereinbarungen und spreche sich im Gegensatz z. B. zu der Regierung des

Saarlandes für eine Anschlußvereinbarung aus. Von den etwa 4 Milliarden DM des Wirtschaftshaushalts fließe immerhin 1 Milliarde DM in den Steinkohlebergbau. - **Dr. Helmut Linssen (CDU)** unterstreicht sein Recht auf Auskunft seitens des Ministers, die manche Unklarheiten beseitigen helfe.

6 Verkauf des Movie World Filmparks in Bottrop

Bericht der Landesregierung

Minister Peer Steinbrück trägt vor:

Ich will zunächst dem Eindruck entgegenwirken, der sich in der Presse dahin gehend verfestigt hat, dieses Vorhaben sei von wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebeutelt. Das ist definitiv nicht der Fall. Die Entwicklung der Besucher- und der Umsatzzahlen seit Bestehen des Filmparks ist durchaus zufriedenstellend. Insofern wäre ich dankbar, wenn auch aus unserer Diskussion nicht der Eindruck entstünde, als würde dieses Projekt in Frage gestellt.

Richtig ist, daß die seinerzeit verabredeten Arbeitsplatzeffekte bisher nicht vollständig erzielt worden sind. Der Bewilligungsbescheid, den das Land damals gegeben hat - ein Zuschuß von knapp 65 Millionen DM -, ist an den Nachweis von insgesamt 909 Arbeitsplätzen gekoppelt gewesen. Tatsächlich sind bis heute 817 Arbeitsplätze geschaffen worden; wir haben also ein Delta.

Premier Parks wollen das Projekt übernehmen. Damit verbunden ist die meiner Meinung nach gute Nachricht, weitere 100 Millionen DM zu investieren. Das zeugt nicht gerade von Mißtrauen in die ökonomische Perspektive dieses Projekts.

Entweder steigen wir im Hinblick auf die fehlenden knapp 100 Arbeitsplätze in Rückforderungsgespräche ein, oder der neue Eigentümer schafft mit den 100 Millionen DM die fehlenden Arbeitsplätze. Dann könnten wir auf Rückforderungen verzichten. Allerdings müßte der neue Eigentümer die Verpflichtungen und Bindungsfristen im Zusammenhang mit dem seinerzeit gewährten Zuschuß von 65 Millionen DM übernehmen. Diese beiden Varianten werden im Wirtschaftsministerium zur Zeit beraten.

Darüber hinausgehende Gespräche mit dem Eigentümer über eine weitere Bezuschussung gibt es bisher nicht.

Auf die Frage von **Christian Weisbrich (CDU)** antwortet **Minister Peer Steinbrück**, die damals bewilligten Fördermittel in Höhe von 64,42 Millionen DM seien vollständig abgerufen worden.